

Brüne Schloen

Klimasolidarität durch Grundeinkommen. Grundlagen einer zukunftsgerechten Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Oekom Verlag, München 2021

152 Seiten, 24,00 €

ISBN 978-3-96238-297-1

Für Brüne Schloen ist es ein Ganzes. Von der uneingeschränkten Bestätigung der als ungelöst empfundenen Aufgabe der Französischen Revolution mit „Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung“ (S. 15) über die Ablehnung des durch den „wahren Kommunismus entstandene(n) Paradies(es)“ (S. 24) bei Karl Marx (was dort freilich beides nicht zu finden ist) bis zum positiven Bezug auf Rudolf Steiner und die Idee der „Dreigliederung“ des „Sozialen Organismus“ (ab S. 28) ist ihm alles nur geistige Voraussetzung für seine Vorstellung von Klimasolidarität.

Das muss man nicht teilen, um letztere Idee dennoch spannend zu finden. Anschaulich schildert der Autor die dramatische Entwicklung rund um die Klimakrise und ihre sogar eher zurückhaltende Darstellung durch die Klimawissenschaft. Auch wenn er deren Ansatz, keine Panik verbreiten zu wollen, teilt, wird doch deutlich, dass die Zeit ein Faktor ist, der gegen eine für Menschen lebbare Welt arbeitet. Als „Voraussetzungen, um die Zivilisation zu retten“, sieht er:

- „einschneidende Minderungen von CO₂-Emissionen
- globales Geo-Engineering
- Rechtzeitigkeit
- Klimasolidarität mit Einbettung in einen gemeinwohlorientierten Wandel unseres Wirtschafts- und Sozialsystems“ (S. 58).

Nach Meinung des Autors ist das Ziel nur durch eine Bepreisung der Emissionen in einer Höhe möglich, die rasch zu einem deutlichen Sinken derselben führt. Er bleibt also ganz im marktwirtschaftlichen Denken, sieht allerdings die soziale Ungerechtigkeit, die durch solche Preise entsteht, sehr genau. Deshalb schlägt er vor, durch ein hohes bedingungsloses Grundeinkommen an den größten Teil der Gesellschaft mehr zurückzuzahlen, als die Emissionspreise kosten. Dabei soll eine Umverteilung von knapp 200 Milliarden Euro jährlich vom oberen Einkommenssegment in die Mitte und nach unten erfolgen.

Dieses Modell rechnet er für gut 46 Millionen deutsche Staatsbürger*innen (mit 1500,00 Euro monatlich), 14 Millionen Rentenaufstocker*innen (mit durchschnittlich 1000,00 Euro), knapp 12 Millionen Kinder (durchschnittlich 310,00 Euro) und rund 10 Millionen Staatsbürger*innen anderer Staaten (durchschnittlich 600,00 Euro) konkret durch. Den Umverteilungsbetrag will er aus einer höheren Einkommensteuer für die oberen Einkommen sowie einer deutlich erhöhten Erbschaftssteuer generieren. Dabei grenzt er sich auch ausdrücklich von Götz Werners Vorschlag einer Finanzierung aus Konsumsteuern ab: „Ohne substanzielle Umverteilung lässt sich ein klimasolidarisches Grundeinkommen nicht seriös finanzieren.“ (S. 87)

Schließlich entwickelt er ein „Handlungspaket“ für Systemwandel“, das vier Elemente enthält:

1. „Einführung eines klimasolidarischen Grundeinkommens“
2. „'Kulturrevolution' im Bereich von Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik“
3. „Erweiterung und Neujustierung unseres geldpolitischen Handlungsrahmens“ (damit meint er die modern monetary theory, als deren Anhänger er sich outet)
4. „eine Fülle ergänzender und sofort einsetzbarer Maßnahmen“, zu deren wichtigsten zählen:
 - * „die Agrarwende
 - * ein Energiespar- und Verkehrswendeplan
 - * ein Arbeitsteilungsplan
 - * ein Assoziierungsplan“ (S. 100 f).

Spätestens wenn so viele verschiedene Dinge genau ineinandergreifen müssen, ist Skepsis angebracht. Politische Abläufe finden niemals so statt, wie sie im Plan ausgedacht werden. Das dürfte auch Brüne Schloens Überlegungen betreffen. Sein positiver Bezug auf die Bekämpfung der Coronapandemie in den meisten Staaten (S. 7. 116) würde vermutlich deutlich skeptischer ausgefallen sein, hätte er ihn erst in diesem Frühjahr verfasst. Und auch seine Betrachtung der Landschaft mutmachender politischer Bewegungen mit Klimagerechtigkeitsbewegung und Fridays for Future beziehungsweise Extinction Rebellion fällt etwas dünn aus. Dass ausgerechnet die „Allianz für Klima und Entwicklung“ des CSU-Politikers Gerd Müller und der „Green Deal“ der EU Hoffnungen tragen sollen, wird gewiss nicht jede* Leser*in mitvollziehen (S. 118f). Auch die Gründung einer neuen Partei namens „Klimasolidarische Union“ wird vom Rezensenten nicht empfohlen.

Die Lektüre des Buches ist trotzdem in weiten Teilen spannend und eine ernsthafte Diskussion um einzelne Elemente von Schloens Vorschlägen könnte sich lohnen.